

## Marburger Zusatz zur Resolution anlässlich der hessenweiten Vollversammlungen aller Lehramtsstudierenden

1. Die Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) behauptet, die Zahl der Referendare im hessischen Schuldienst soll nun doch auf dem Stand der letzten Jahre<sup>1</sup> gehalten werden und die angekündigte Kürzung um 1000 Referendariatsstellen sei vom Tisch. Henzler erklärte, beim Finanzministerium habe sie 5,4 Millionen mehr als bisher vorgesehen im Haushalt 2012 für die Ausbildung von Referendaren ausgehandelt. Weder trifft es zu, dass die Kürzungen komplett vom Tisch sind, noch sind mit diesen 5,4 Millionen die eingesparten ca. 30 Millionen Euro kompensiert!
2. Die ursprünglich geplante Kürzung um etwa 1000 Referendare auf dann ca. 4400 wurde „revidiert“. Das Kultusministerium vermittelt den Eindruck, dass die Kürzungen zurückgenommen wurden; Tatsache ist aber, dass man nun 4800 Referendare einstellen will<sup>2</sup>. Somit ist man der ursprünglich geplanten Kürzung näher als dem Niveau der Referendariatszahlen von 2009, das etwa 5400<sup>1</sup> betrug!
3. Bezieht man die Summen, um die es hier geht, auf die Monatsgehälter der nun doch nicht gekürzten Stellen, so sieht das folgendermaßen aus:  
5,4 Millionen zusätzlich macht auf die 540 nicht eingesparten Stellen einen Monatsverdienst von 833,33€. Das sind pro Stelle etwa 261 Euro oder 24% des gesetzlich garantierten Gehalts<sup>3</sup> zu wenig.  
Kurz gesagt: Es fehlen eigentlich nochmal mind. 1,4 Mio Euro – nur für die Gehälter!
4. Das Ministerium argumentiert mit der sinkenden Zahl der Schüler in Hessen: Ab 2013 würden demnach jährlich etwa zehn Prozent weniger Lehrer gebraucht. Diese Argumentation ist jedoch zu kurz gedacht. Es stimmt zwar, dass angesichts der demographischen Entwicklung zurückgehende Schülerzahlen zu erwarten sind, trotzdem sollte dies keinesfalls mit einer Kürzung von Lehrkräften einhergehen. Das Verhältnis von Schülerinnen und Schülern pro Lehrkraft ist in Deutschland, im Vergleich zu anderen Ländern – insbesondere den Nationen Nordeuropas, die in Bildungsstudien regelmäßig Bestnoten erzielen – mangelhaft. In Deutschland gab es 2006 im Sekundarbereich I 15,5 Lernende pro Lehrkraft, in Finnland dagegen nur etwa 9,5<sup>4</sup>! Man sollte daher, trotz sinkender Schülerzahlen, mehr Lehrkräfte einstellen. Kürzungen an der Bildung sind immer falsch!
5. Der Landesverband Hessen der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) wendet sich auch gegen die Kürzungspolitik im Bildungsbereich. Sie sagen, die Kürzungen seien „unvernünftig“ und „der Ausbau des Bildungswesens ist eine der besten Investitionen in die Zukunft.“

---

<sup>1</sup> Februar 2009: 5394 Referendare

<sup>2</sup> Vgl. Mitteilung vom Pressesprecher des Hessischen Kultusministeriums, Horst-Günter Herold, am 1.11.11 unter <http://bit.ly/w3wRjn>.

<sup>3</sup> Vgl. [http://www.beamtenbesoldung.org/images/hessen/besoldungstabelle\\_hessen.pdf](http://www.beamtenbesoldung.org/images/hessen/besoldungstabelle_hessen.pdf)

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt, Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa, 2009

6. Nach dem neuen „Hessischen Lehrerbildungsgesetz“ Art. 1 §3, Abs. 4 werden abgelehnte Anwärter auf LiV, oder wie das HLBG sagt, „geeignete Personen ohne eine solche Lehrerausbildung, die jedoch über einen Hochschul- oder vergleichbaren Abschluss und eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung im studierten Berufsfeld verfügen“, in prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Schulen gedrängt, um Unterrichtsausfall abzufangen. Dies dient der Kosteneinsparung und führt dazu, dass in Zukunft immer weniger Referendare eingestellt werden müssen! Dies wird zusätzlich dadurch bestärkt, dass mit Bonuspunkten geworben wird, die nach der LiV-Ausbildung die Übernahme in den hessischen Schuldienst begünstigen könnten. Die auf BAT-Basis arbeitenden Hochschulabsolventen und -absolventinnen nehmen sich durch ihre Tätigkeiten an den Schulen den eigenen Ausbildungsplatz weg. Diese ausbeuterische Praktik ist untragbar!

Aus diesen sechs Gründen fordern wir:

- I. Die Kürzungen im Vorbereitungsdienst müssen sofort und vollständig zurückgenommen werden – und nicht mit hohlen Phrasen überdeckt werden!
- II. Absolventinnen und Absolventen des ersten Staatsexamens sollen sofort einen Referendariatsplatz erhalten, ohne sie in prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Schulen zu zwingen!
- III. Eine generelle Erhöhung der Bildungsausgaben ist eine langfristige Investition, die eine bessere Ausbildung der heutigen Kinder und Jugendlichen garantiert!